

Antrag 15/1/2015

Beschluss

Annahme

Jusos Brandenburg

Für menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte

Wir fordern die SPD-geführte Landesregierung auf, umgehend auf folgende Schritte hinzuwirken:

- Dafür Sorge tragen, dass dem besonderen Sicherheitsbedürfnis von Kindern, Frauen und generell traumatisierten Menschen unter den Geflüchteten bei Unterbringung und Betreuung Rechnung getragen wird.
- Sicherstellen, dass psychologische Hilfsangebote für traumatisierte und/oder durch das monatelange Warten unter hohem Stress stehende Menschen zur Verfügung gestellt werden.
- Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Rechtsberatung für alle geflüchteten Menschen
- Sicherzustellen, dass so früh wie möglich flächendeckend angemessener Deutschunterricht für die geflüchteten Menschen zur Verfügung steht.
- Vor dem Hintergrund der oft langen, monotonen Wartezeiten sicherstellen, dass täglich verschiedene und thematische breit aufgestellte Angebote zur Freizeitgestaltung existieren. Dabei ist insbesondere die Kooperation mit der örtlichen Bevölkerung zu suchen, von der oft eine große Hilfsbereitschaft ausgeht. Bei Bedarf sollen Freiräume für selbstorganisierten Bewohnern der Unterkünfte zu eigenen Freizeitgestaltung ermöglicht werden.
- Eine angemessene medizinische Versorgung der zu uns geflüchteten Menschen zu garantieren, die auch medizinische angezeigte Vorsorgebehandlungen umfasst.
- Sicherstellen, dass für das Management der Unterkünfte und als Ansprechpartner für ihre Bewohner ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.
- Sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine substantielle finanzielle Unterstützung des Bundes an den Aufnahme- und Integrationsleistungen langfristig sichergestellt ist.
- Notwendige Rahmenbedingungen nicht nur für eine menschenwürdige Unterbringung, sondern auch für die langfristige Integration der zu uns geflüchteten Menschen schaffen.
- Die öffentliche Verwaltung in allen Bereichen stärken, die für eine erfolgreiche Bewältigung der Unterbringungs- und Integrationsherausforderung direkt und indirekt nötig sind – dazu zählen beispielsweise auch Stellen, die für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zuständig sind.
- Zeitnah ein praxisnahes Konzept für die Integration von Geflüchteten in Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt – auch im ländlichen Raum – entwickeln.
- Auf die Schaffung einer angemessenen, notwendigen Flexibilität bei den bürokratischen Abläufen drängen.

Soweit diese Schritte sich auf Fragen der Unterbringung beziehen, gelten sie sowohl für Erstaufnahmeeinrichtungen als auch für die Unterbringung in den Landkreisen.